

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/164

28. August 1972

Der dritte Weg der Vernunft

Zur Diskussion über die Bodenreform-Vor-
schläge der SPD

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Mitglied des SPD-Parteipräsidiums und SPD-
Landesvorsitzender in Bayern

Seite 1 bis 3 / 103 Zeilen

Guter Wille in Bonn und Prag

Husáks Normalisierungs-Bereitschaft findet
unsere Zustimmung

Seite 4 / 31 Zeilen

Mitterand ein erwünschter Gast

Abriegelung der haltlosen "Volkefront"-
Gerüchte

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 888 848 / 888 847
886 848 PFP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Der dritte Weg der Vernunft

Zur Diskussion über die Bodenreform-Vorschläge der SPD

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Mitglied des SPD-Parteipräsidiums und
SPD-Landesvorsitzender in Bayern

Die Vorschläge einer SPD-Kommission zur Reform der Bodenordnung haben ein überaus lebhaftes und vielfältiges Echo ausgelöst. Eine erste Sichtung der Äußerungen zeigt dabei eine erfreulich positive Beurteilung vor allem des gesellschaftspolitischen Ansatzes der Reformvorschläge. Das gilt etwa für die Würdigung in der "Süddeutschen Zeitung", in der es hieß, daß für dieses Programm der pure Sachzwang spreche, aber auch für eine ebenso umfassende wie sachliche Darstellung in der "Frankfurter Allgemeinen" Zeitung, in der das Reformpaket als ein wichtiger Denkanstoß und als das erste Bodenreformkonzept einer großen Partei überhaupt bezeichnet wurde. Und sogar das "Handelsblatt" räumte ein, man könne nicht daran vorbeigehen, das Bodenrecht in Richtung auf eine stärkere Sozialbindung nach Art. 14 GG fortzuentwickeln.

Im Tenor ablehnend waren erwartungsgemäß die Stellungnahmen des Haus- und Grundbesitzerverbandes, des Bundes der Steuerzahler und in deren Kielwasser die Opposition. Auch diese wagte es allerdings nicht, die Vorschläge der SPD in Bausch und Bogen zu verwerfen. Ja, dem wohnungs- und städtebaupolitischen Sprecher der CSU entschlüpfte in einem Aufsatz sogar indirekt das bemerkenswerte Eingeständnis, daß die Union es bisher versäumt habe, ein praktikables Konzept zu erarbeiten. Ein Versäumnis, das der Opposition auch in der "Deutschen Zeitung" "Christ und Welt" ausdrücklich bescheinigt wurde.

Die Kritik der Interessentenverbände und der Union konzentrierte sich auf zwei Punkte, nämlich die Besteuerung nicht-

realisierter Wertzuwächse und die Neudefinition des privaten Eigentums an Grund und Boden als Nutzungseigentum. Ersteres sei ein Vorstoß gegen die Steuersystematik und verfassungswidrige, letzteres im Grunde doch die Beseitigung des Privateigentums und bereits die Kommunalisierung.

Beide Einwände sind oberflächlich und gehen in recht demagogischer Weise an der Sache vorbei.

Wer spekulativem Kapital den Zugang zu Grund und Boden erschweren und das Angebot von Grundstücken auf dem Markt verstärken will, muß gerade auch die nicht-realisierten Gewinne besteuern. Nur so erhält der Bewerber eine faire Chance, denn es geht nicht um spekulative Hortung des Bodens, sondern um seine planungskonforme Nutzung. Wollte man nur die realisierten Gewinne besteuern, so würde der Markt geradezu blockiert und eine Prämie für die Grundeigentümer ausgesetzt, die durch Vermietung, Bestellung von Nutzungsrechten, Einbringung des Grundstücks in eine Gesellschaft oder ähnliche legale Winkelzüge die Veräußerung umgehen und ihre leistungslosen Gewinne dennoch einstreichen.

Daß die Sondersituation des Grund und Bodens auch die Besteuerung des nicht-realisierten Wertzuwachses rechtfertigt, hatte bereits vor längerer Zeit der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium festgestellt. Außerdem ist Steuersystematik kein Selbstzweck, sondern nur ein Ordnungsprinzip, das keineswegs dazu zwingt, unterschiedliche Sachverhalte in gemeinschaftsschädlicher Weise gleich zu behandeln. Und für die Unvereinbarkeit der Besteuerung nicht-realisierten Bodengewinne mit dem Grundsatz ist bislang überhaupt nichts dargetan. Das Grundgesetz verbietet lediglich sogenannte konfiskatorische oder Erdrosselungssteuern. Die Bodenwertzuwachssteuer erdrosselt niemand; dafür wird schon durch die vorgesehenen Freigrenzen gesorgt. Und sie führt auch nicht zur Enteignung, weil sie höchstens 60 vH. der Wertsteigerung abschöpft und auch das nur in extremen Fällen. Eher ist schon zu fragen, ob nicht der gegenwärtige Zustand, bei dem die Anstrengungen Aller ganz mühelos nur einigen Wenigen zugute kommen, der Verfassung widerspricht.

Auch die Kritik am Nutzungseigentum reduziert sich bei näherer Betrachtung auf die formelhafte Wiederholung von Schlag-

worten. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil vom 18. Dezember 1968 ausgeführt, daß es Sinn des Privateigentums sei, dem Einzelindividuum einen Freiheitsbereich im vermögensrechtlichen Raum sicherzustellen und ihm damit eine eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens zu ermöglichen. Diesen Sinn erfüllt das mit Enteignungsgarantie ausgestattete Nutzungseigentum vollauf. Jeder Nutzungseigentümer kann langfristig disponieren und er kann vor allem investieren und die Früchte seiner eigenen Anstrengungen genießen, so, z.B. die Erträge der von ihm errichteten Gebäude. Mit Zustimmung der Gemeinschaft kann er das von ihm Geschaffene - aber eben nur dies - auch weiterveräußern.

Nicht mehr verfügen kann er hingegen über den Grund und Boden. Dieser wird unveräußerlich. Die vielfältigen und Sonder Vorteile, die mit dem Verfügungsrecht über den Boden naturnotwendig verbunden sind, werden beseitigt, die Rechte der Gemeinschaft, deren Leistungen und Entscheidungen den Wert des Bodens heute in viel höherem Maße bestimmen, als seine natürliche Beschaffenheit, wiederhergestellt. Das Eigentum wird also keineswegs abgeschafft, es wird nur der Privilegien entkleidet, die sich im Lauf des letzten Jahrhunderts wie ein dicker Verputz um das Eigentum gelegt haben.

Das macht die Fronten sichtbar: Hier die konservative Opposition, die im Bund mit den Interessenten die Privilegien der Wenigen auf Kosten der Vielen verteidigt. Dort die Kollektivisten, die durch die Beseitigung des Eigentums auch sinnvolle Freiräume aufheben und neue umfassende Abhängigkeiten von einem Kollektiv an die Stelle der alten Abhängigkeiten von einzelnen Großgrundbesitzern treten lassen, das heißt aber den Teufel mit Belzebub austreiben wollen.

Demgegenüber zeigen die sozialdemokratischen Vorschläge einen dritten Weg. Sie beseitigen das ökonomische Prinzip nicht, sie beschränken es vielmehr auf den Bereich, in dem es sinnvolles zu leisten und Nutzen zu stiften vermag. Sie sorgen dafür, daß dieses Prinzip nicht herrscht und den Menschen seinen Maßstäben unterwirft, sondern daß es dient und seinerseits Maßstäben unterworfen bleibt.

Das ist der Weg der Vernunft. Er muß bald und mit Entschiedenheit begangen werden.
(-/ex/28.8.1972/ks)

+ + -

Guter Wille in Bonn und Prag

Husáks Normalisierungs-Bereitschaft findet unsere Zustimmung

In Bonn ist die so nachdrückliche Erklärung der Prager Bereitschaft, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu normalisieren, mit Befriedigung aufgenommen worden. Die Feststellungen des KPC-Chefs Dr. Gustav Husák, daß bei gutem Willen auf beiden Seiten eine annehmbare Lösung gefunden werden könnte, treffen auf die Zustimmung der Bundesregierung, ihrer sozialliberalen Koalition und der weitaus überwiegenden Mehrheit der Bundesbevölkerung. Der "gute Wille", den Dr. Husák so betont herausstellt und anbietet, ist auf der westdeutschen Seite unverändert gegeben und aktiv.

Das Problem, das den Vollzug des Handschlags und der Unterschriften verzögert, beinhaltet die Beweislast für diesen guten Willen beider Seiten. Es gehört zu den unerfreulichsten Erbstücken einer Zeit, die in ihren bösen Folgen auch mehr als Vierteljahrhundert nachher noch die Beziehungen der Völker untereinander nicht nur in Mitteleuropa, aber gerade eben auch hier belastet. Der gute Wille, den Dr. Husák jetzt beschworen hat und den er für Prag anbietet, beinhaltet, wenn wir es in Bonn recht verstehen, zugleich auch die Bereitschaft, sich mit dem künftigen guten Nachbarn Bundesrepublik, der in vielerlei Beziehungen auch ein Partner werden kann und will, auf halbem Wege zu treffen. Das "Münchner Abkommen" von 1938, das zu den Vorläufern einer Weltkatastrophe gehörte, soll und darf im Jahre 1972 den Weg der deutschen und der tschechoslowakischen Völker zueinander nicht mehr blockieren.

Wir sehen es in Bonn als gutes Zeichen an, daß Dr. Husák seine und die seines Staates und dessen Bevölkerung Bereitschaft gerade an dem Tag ausspricht, an dem sich die Jugend der ganzen Welt, auch die aus der BRD und aus der CSSR, zum friedlichen Wettstreit des völkerverbindenden Sports bei den Olympischen Spielen in München getroffen hat.

(ec/ec/28.8.1972/ks)

+ +

Mitterrand ein erwünschter Gast

Abriegelung der haltlosen "Volksfront"-Gerüchte

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Wer in diesen Tagen "Unfreundliches" über die SPD aussagt, darf sicher sein, daß er eine besondere Beachtung in manchen Teilen unserer Presse erwarten kann. So wundert es nicht, daß der frühere sozialdemokratische Bundestagsabg. Dr. Günther Müller vor kurzem in der "Passauer Neuen Presse" vor einer "europäischen Variante der Volksfrontpolitik" warnte. Müller nahm die Einladung der SPD an den Ersten Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Francois Mitterrand, zum Anlaß einer Polemik gegen seine frühere Partei.

"Man weiß von Herbert Wehner, daß er auf der Ebene des Europäischen Parlaments eine Kooperation mit Kommunisten befürwortet", schrieb Dr. Müller, und stellte dann gleich Vermutungen darüber an, daß die SPD-Einladung an den französischen "Volksfrontpolitiker" Mitterrand gerade angekommen sei, als er "ein politisches Bündnis zwischen den Sozialisten und den Kommunisten unter Dach und Fach gebracht" habe.

Dies und anderes weiß der frühere SPD-Politiker unter der Überschrift "Die Volksfront lockt" zu berichten. Selbstverständlich sind derartige Äußerungen Wasser auf die Mühlen derer, die ihr Geschäft weiterhin mit der Angst vor dem Kommunismus machen möchten. Und selbstverständlich fand der - wie die "Welt" nicht vergeß zu bemerken - Historiker Dr. Müller Niederschlag in jenem Teil der Presse, der täglich zum Wohle Dr. Rainer Barzels der SPD am Zeuge flicken will.

Zum "Volksfront"-Gefaszi bleiben zwei Anmerkungen zu machen:

1/ Die SPD hat schon in der Mitte des Jahres 1971 ihre Einladung an den Ersten Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs

zu einem Gespräch ausgesprochen. Die Zusammenkunft hat bislang nur deshalb nicht stattfinden können, weil von beiden Seiten immer wieder terminliche Schwierigkeiten auftauchten. So war es nicht verwunderlich, daß während des Kongresses der Sozialistischen Internationale im Juni dieses Jahres in Wien, bei einer Unterhaltung zwischen dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und Francois Mitterand, die längst vorliegende Einladung erneuert wurde.

2/ Die bewußt falschen Bemerkungen von Dr. Günther Müller über Absichten Herbert Wehners in Bezug auf die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten im Europäischen Parlament entbehren jeder Grundlage. Wie oft muß eigentlich noch betont werden, daß sich für die Sozialdemokraten die Entspannungspolitik auf der Ebene von Regierungen und staatlichen Institutionen vollzieht. Die SPD hat mehrfach erklärt, daß es für sie weder im östlichen noch im westlichen Ausland Aktionsgemeinschaften mit kommunistischen Parteien gibt. Das weiß Dr. Müller ganz genau, vor allem auch aus seiner Tätigkeit in den europäischen Gremien. Das wissen aber auch jene, die so genüßlich gerade diesen Dr. Müller benutzen, um so ihre Kampagne gegen die SPD mit allen Mitteln weiter führen zu können.

Die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Parteien im Rahmen der Sozialistischen Internationale wird für die deutschen Sozialdemokraten auch künftig, so wie bisher, ein außerordentlich wichtiger Teil ihrer internationalen Arbeit sein. Zu dieser Sozialistischen Internationale gehört auch die Sozialistische Partei Frankreichs. Ihr Erster Generalsekretär Francois Mitterand ist für die deutschen Sozialdemokraten ein geeigneter Gesprächspartner über deutsch-französische, europäische und internationale Fragen jedweder Art.

(-/ex/28.8.1972/ks)